Artikel: „Gerechtigkeit in der Sozialen Marktwirtschaft“, Die neue Ordnung, Ausgabe Oktober 2006

„Gerechtigkeit“ in der Sozialen Marktwirtschaft

Zunehmend wird die politische Diskussion von Vorwürfen beherrscht, wie: „Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer“, oder „wir entwickeln uns zur Zwei-Drittel-Gesellschaft“, d. h. ein Drittel geht es gut, zwei Drittel geht es schlecht. Parteien wird vorgeworfen, sie planten den Sozialabbau. Viele fürchten, die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft zu verlieren. Gemeint ist das gut funktionierende soziale Sicherungssystem. 54% der Bevölkerung rechnen damit, daß die Arbeitslosigkeit durch die Globalisierung zunimmt (*Bundesverband deutscher Banken, Januar 1999*). „Die Globalisierung verschärft die sozialen Unterschiede“ (PDS, Haushaltsdebatte November 2001).

Nicht nur die Angst vor dem Verlust sozialer Sicherheit, auch die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen nimmt zu. Auf die Frage von Allensbach: „Halten Sie die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, d. h. was die Menschen besitzen und was sie verdienen, für gerecht oder nicht für gerecht?“ antworteten im Februar 2000 47% der Befragten: „nicht gerecht“ und 35% „gerecht“. 47% würden sich, wenn sie sich zwischen persönlicher Freiheit und möglichst großer Gleichheit entscheiden müßten, für persönliche Freiheit entscheiden, 37 % wäre eine möglichst große Gleichheit wichtiger. (Allensbach Februar 2000).

Dies erinnert an den Ausspruch von *Bismarck*: „Der Deutsche opfert eher die Freiheit als die Ordnung.“ Unsere Gesellschaft tut sich mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit schwer. Wir interpretieren ihn höchst unterschiedlich, sind anfällig für politische Manipulationen, ändern unser Werteverständnis in wichtigen, die Gesellschaft betreffenden Grundfragen und lassen uns von Stimmungen leiten, die immer wieder von tagespolitischen Einflüssen bestimmt werden. Wie ist der Gerechtigkeitsbegriff in der sozialen Marktwirtschaft zu definieren? Nach welchem Maßstab ist er auszurichten?

I. Gerechtigkeitsbegriff

Aristoteles (384–322 v. Chr.) unterteilte die Gerechtigkeit in eine Tauschgerechtigkeit (kommutative), d. h. die direkten sozialen Beziehungen zwischen Menschen betreffend, in eine verteilende (distributive), d. h. die Verpflichtung des Gemeinwesens (heute: des Staates) gegenüber dem einzelnen zur gerechten Verteilung von Lasten und Nutzen sowie in eine legale, d. h. daß der einzelne seinen Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten hat.

Nach wie vor brauchbar ist der Gerechtigkeitsbegriff des römischen Juristen *Ulpian* (170-228 n. Chr.): „Gerechtigkeit ist der feste und dauernde Wille, jedem sein Recht zuzuteilen.“ Geregelt wird die Beziehung von Menschen zu anderen Menschen. Zentrale Frage ist, wie das „*ius suum*“, das „sein Recht“ bestimmt

wird. Bis in das 19. Jahrhundert war *Gerechtigkeit als Tugend* aufgefaßt worden. Gemeint war eine individuelle Haltung, eine Einstellung, nach der der Akteur die einzelnen Handlungen ausführt.

Erst seit dem 19. Jahrhundert, d. h. seit dem Beginn der Nationalstaaten und der Industrialisierung, gibt es den Begriff der *sozialen Gerechtigkeit*. Der Gerechtigkeitsmaßstab wird jetzt nicht mehr allein an das Handeln einzelner oder einzelnen gegenüber angelegt, sondern an das Regelsystem, nach denen die Handlungen erfolgen. Damit wird der schwierige Versuch unternommen, eine Handlungskategorie auf eine Systemkategorie umzuformulieren.

Bis heute fehlt jedoch eine allgemein anerkannte Begriffsdefinition von sozialer Gerechtigkeit, die auch nur annähernd die Präzision erreichen würde, die wir *Aristoteles* oder *Ulpian* verdanken. Dies ist um so problematischer, als das Thema der sozialen Gerechtigkeit seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine zentrale Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung erlangt hat. Ist es sozial ungerecht, wenn die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erst am zweiten oder dritten Tag einsetzt? Ist es sozial ungerecht, wenn ein Kleinbetrieb mit sechs Beschäftigten im Fall betriebsbedingter Kündigungen die Auswahl der zu Kündigenden im wesentlichen nach betrieblichen Interessen vornimmt? Ist es sozial gerecht, daß ein Handwerker in Deutschland mehr als 4 Stunden arbeiten muß, bevor er sich „auf Rechnung“ eine Arbeitsstunde von einem Kollegen leisten kann? Unsere Gesellschaft hat diese Fragen nicht ausdiskutiert. Das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit umfaßt die Spannbreite von Verteilungsgerechtigkeit versus Leistungsgerechtigkeit sowie Wirtschaftlichkeitsbetrachtung versus Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit.

II. Verteilungsgerechtigkeit

Die Verteilungsgerechtigkeit bzw. Ergebnisgerechtigkeit macht die Gerechtigkeit an bestimmten gesamtwirtschaftlichen Verteilungsergebnissen fest. Maßstab ist dabei praktisch immer die Gleichverteilung. Die Verteilungsgerechtigkeit ist das Grundprinzip des *Wohlfahrtsstaats*. Er räumt der staatlichen Verantwortung für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge seiner Einwohner Vorrang gegenüber der Eigenverantwortung und der individuellen Eigenvorsorge ein.

Der Maßstab der Gleichheit läßt sich insbesondere am Beispiel der Einkommensverteilung veranschaulichen. So war z. B. das Einkommensgefälle in der DDR sehr gering. Das höchste Gehaltsniveau – mit Ausnahme desjenigen von SED-Spitzenpolitikern – hatten Angehörige medizinischer Berufe. Das Netto-Monatsgehalt lag für Chefarzte wie für Apotheker bei ca. 2.000 DDR-Mark. Folge der Staats- und Wirtschaftssysteme, die das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit als Gleichheitsprimat durchsetzen, ist eine vergleichsweise geringe Leistungsbereitschaft der Bevölkerung sowie eine sehr geringe Effektivität sowie Effizienz der Wirtschaftsabläufe und damit ein geringes Wirtschaftswachstum und ein geringer Lebensstandard.

Während die Wirtschaftsleistung je Einwohner in der Bundesrepublik von 1950 bis 1989 von 8.215 DM auf 35.856 DM stieg (+ 336 %), stieg sie in der DDR im

gleichen Zeitraum von 4.285 DM auf 11.829 DM (+ 176%), also praktisch nur um die Hälfte.

Inzwischen hat sich bei vielen die Erkenntnis durchgesetzt, daß das Gleichheitsprinzip ein Irrweg ist, weil es auf wichtige Leistungsanreize verzichtet, wenn es keine Möglichkeiten von Einkommensgestaltung und Eigentum sowie Vermögensbildung einräumt.

Angesichts der erheblichen Schlechterstellung gegenüber Wettbewerbsgesellschaften werden die Menschen unzufrieden und revoltieren. Die friedliche Revolution der DDR-Bevölkerung von 1989 und der Zusammenbruch des kommunistischen Wirtschaftssystems der Ostblockstaaten sowie der Sowjetunion war ein eindrucksvoller Beleg.

III. Verfahrensgerechtigkeit

Überwiegend wird soziale Gerechtigkeit als Verfahrens- und Leistungsgerechtigkeit verstanden. Das heißt, ob ein Zustand oder eine Maßnahme als sozial gerecht einzustufen sind, bemißt sich danach, ob es die zugrundeliegenden Regeln sind. Die am Maßstab der sozialen Gerechtigkeit ausgerichteten Regeln formulieren die „berechtigten Erwartungen“ der Akteure (*Brennan/Buchanan*). Die Regeln sind dann gerecht, wenn sie höheren Regeln entsprechen.

Ein Regelsystem ist sozial gerecht, wenn es gelungen ist, es so auszugestalten, daß die „berechtigten Erwartungen“ der Mitglieder einer Gesellschaft im Einvernehmen mit diesen festgelegt wurden. Die Bewertung, wie das Regelsystem auszurichten ist, um soziale Gerechtigkeit zu erzielen, bestimmt sich wesentlich nach der Geschichte und der Kultur der betreffenden Gesellschaft. So erklärt sich, daß eine Gesellschaft Regelinhalte als sozial gerecht betrachtet, die von einer anderen Gesellschaft als höchst ungerecht empfunden werden können.

Schwachpunkt dieses Gerechtigkeitsverständnisses ist, daß sich die Bewertung, ob das Regelsystem als gerecht einzustufen ist, auch danach richtet, was für den einzelnen letztlich dabei herauskommt. Es kann also nicht unabhängig von seiner konkreten Lebenssituation beurteilt werden. Damit kommt der Maßstab der Ergebnisgerechtigkeit wieder zum Tragen.

IV. Leistungsgerechtigkeit

Der eigentliche Gegensatz zum Verteilungsprinzip ist der Maßstab der *Leistungsgerechtigkeit*. Er stellt darauf ab, ob Leistung und Gegenleistung, ob Arbeit und Lohn, ob Beitrag und Versicherungsleistung, ob Anwartschaft und Leistungshöhe in einem entsprechenden Verhältnis stehen.

Dies erinnert an die Begriffe der kommutativen, distributiven und legalen Gerechtigkeit von *Aristoteles*. Die Antike kannte den Wohlfahrtsstaat nicht. Schwachpunkt der Leistungsgerechtigkeit ist der Mangel an sozialen Aspekten und damit ein Mangel an Gerechtigkeit gegenüber Leistungsschwachen. Um dies zu erfassen, spricht die katholische Soziallehre vom „Prinzip der Billigkeit“ (*Joachim Giers*).

V. Beteiligungsgerechtigkeit

Der entscheidende Gegensatz unterschiedlichen Gerechtigkeitsverständnisses ist inzwischen weniger die Frage, ob stärker der Aspekt der Ergebnisgleichheit oder der Leistungsgerechtigkeit betont wird. Entscheidend ist, ob soziale Gerechtigkeit ausschließlich nach ökonomischen oder eher nach Teilhabeaspekten definiert wird. Ein Großteil der Gesellschaft wird die Definition: „Soziale Gerechtigkeit herrscht, wenn die ökonomischen Verhältnisse der Staatsbürger zu einem gerechten Ausgleich gekommen sind“ für richtig halten. Zunehmend setzt sich aber auch die Erkenntnis durch, daß nicht der Staat allein, sondern auch die Gesellschaft, d. h. die Summe aller Individuen, für die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit verantwortlich ist. Wenn dies so ist, kommt es nicht allein auf die „verteilende Gerechtigkeit“ des Staates an, sondern auf Chancengleichheit und das Recht eines jeden einzelnen, am gesellschaftlichen Fortschritt teilzuhaben. Dies setzt voraus, daß alle diejenigen, die von bestimmten Entscheidungen betroffen sind, an diesen Entscheidungen beteiligt werden.

VI. Gerechtigkeitsbegriff der modernen Bürgergesellschaft

Nach dem amerikanischen Wirtschaftshirtenbrief von 1986 beinhaltet soziale Gerechtigkeit, „daß die Menschen die Pflicht zu aktiver und produktiver Teilnahme am Gesellschaftsleben haben und daß die Gesellschaft die Verpflichtung hat, dem einzelnen diese Teilnahme zu ermöglichen“. Entsprechend dem christlichen Menschenbild beinhaltet dieses Gerechtigkeitsverständnis nicht nur Rechte, sondern angesichts des eigenverantwortlich handelnden und in seiner personalen Würde zu respektierenden Individuums auch Pflichten.

John Rawls und viele andere Sozialtheoretiker stellen demgegenüber lediglich auf das „Recht auf Teilhabe“ ab. Die Verbindung zu den ökonomischen Verhältnissen, die gegeben sein müssen, damit der einzelne an den Entscheidungen zum gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritt überhaupt teilhaben kann, hat am besten *Ludwig Erhard* dargelegt:

1. Wohlstand für alle

Die Vision von *Ludwig Erhard* im ausgebombten Nachkriegsdeutschland war für niemand so zu verstehen, daß der Staat durch eine geschicktere Umverteilung Wohlstand für alle organisieren könnte. Sein Credo war: „Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, daß der einzelne sagen kann: Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du Staat dafür, daß ich dazu in der Lage bin.“

Beteiligungsgerechtigkeit als modernes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit setzt die Freiheit und die Eigenverantwortung des einzelnen, also insbesondere den Rechtsstaat und die Demokratie voraus. Das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, so wie *Erhard* sie einführte, beruht auf der Überzeugung, daß das Individuum und gerade nicht das Kollektiv, d. h. die anonyme Gesellschaft, im Mittelpunkt des Systems stehen darf. Nicht der Staat sorgt für den sozialen, gesell-

schaftlichen und kulturellen Fortschritt, sondern der einzelne. Der Staat schafft die Rahmenbedingungen, damit dem einzelnen dies möglich ist.

Sie verlangt *Subsidiarität*, d. h. was der einzelne leisten kann, darf ihm nicht abgenommen werden. „So wenig Staat wie möglich, soviel Staat wie nötig“. *Ludwig Erhard* wollte den schlanken, aber starken Staat. Bei einer Staatsquote von 48,4% und einem Sozialbudget von über 33% des Bruttoinlandsprodukts sind wir dabei, das Gegenteil zu erreichen.

Sie verlangt *Solidarität* und soziale Verantwortung gegenüber den Schwächeren und unter den Generationen. Die Dominanz des Staates, die ungelösten Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Sozialversicherung und der Umfang der Schwarzarbeit stehen dieser Solidarität entgegen. Ein nach diesen Grundprinzipien ausgerichtetes und auch praktiziertes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem löst hohe Leistungsanreize aus, schafft die Voraussetzung für Effektivität und Effizienz der Wirtschaftsabläufe, hat die Chance hoher Wertschöpfung und damit die Chance auf Vollbeschäftigung und Wohlstand.

2. *Anspruchs-, Neid- und Angstgesellschaft*

Seit Jahren beklagen wir, daß die deutsche Gesellschaft nur noch aus Ansprüchen gegenüber dem Staat bestünde. So ist gerade das Verlangen nach noch mehr sozialer Sicherheit ein bestimmendes Moment. Andererseits ist der Neid ein beherrschendes Gefühl. Die Diskussion um sog. „Besserverdienende“, denen kein „Dienstmädchenprivileg“ eingeräumt werden darf, macht die aufgeladene Stimmung deutlich. Schließlich hat sich die *New York Times* schon Mitte der 90er Jahre mit der Befindlichkeit der Deutschen auseinandergesetzt und das Phänomen „the German Angst“ beschrieben.

Bei alledem wird übersehen, daß diese Schwächen keine tieferen wesensmäßigen Ursachen haben, sondern lediglich Ausfluß einer Reduzierung des Begriffs der sozialen Gerechtigkeit auf wirtschaftliche Verhältnisse, „insbesondere meine im Vergleich zu meinem Nachbarn“ sind. Wenn ein Schiff in Seenot gerät, ist es fatal, wenn sich die Besatzung um die vorderen Plätze streitet. Man muß dazu wissen, daß von der *Titanic* sämtliche Passagiere der 1. Klasse ertrunken sind, während es einigen der 2. Klasse gelang zu überleben. Wenn wir den „gerechten Ausgleich ökonomischer Verhältnisse“ zum zentralen politischen Anliegen machen, kommt die Frage, wie überhaupt Wertschöpfung erzielt wird, d. h. wie der Wohlstand insgesamt vermehrt werden kann, zu kurz. Einer der Hauptgründe, warum Deutschland beim Wirtschaftswachstum in der EU derzeit Schlußlicht ist.

3. *Recht auf Chancen und Teilhabe*

Wesentliches Moment des Gerechtigkeitsbegriffs einer Bürgergesellschaft ist die Chancengleichheit. Sie besteht darin, dem Zwerg die Leiter zu reichen, damit er sich den Apfel pflücken kann. Wohlbemerkt: Sie besteht nicht darin, daß ein Staatsdiener dafür bezahlt wird, ihm den Apfel zu reichen. Jeder ist verpflichtet, das nach seinen Kräften und Fähigkeiten Mögliche zu leisten, um die eigene Existenz zu sichern und am Fortschritt der Gesellschaft mitzuwirken. Es entspricht dem christlichen Menschenbild, dies auch von Schwachen und Behindereten zu erwarten. Nur auf diese Weise kann ihnen die Achtung entgegengebracht

werden, die ihnen zukommt. Das Prinzip des Wohlfahrtsstaats, ihnen nichts zumuten zu wollen und in Wahrheit nichts zuzutrauen, mißachtet ihre Menschenwürde.

Beteiligungsgerechtigkeit als Ausfluß eines Freiheitsverständnisses, des Prinzips der Eigenverantwortung und der Selbstvorsorge setzt voraus, daß dem einzelnen der Zugang zu Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten eingeräumt wird, die ein menschenwürdiges, mit der Bevölkerungsmehrheit vergleichbares Leben und eine effektive Mitarbeit am Gemeinwohl ermöglicht (Sozialwort der Kirchen 1999). Dazu gehört in Deutschland vor allem der Abbau von Massenarbeitslosigkeit und struktureller Arbeitslosigkeit.

Entscheidender Aspekt ist, daß nicht der Staat, sondern der einzelne und die Gesellschaft, d. h. die Summe der einzelnen Mitglieder, Garanten der sozialen Gerechtigkeit sind. Es ist also ein Anspruch, den wir zunächst an uns selbst stellen und ein Wert, von dem wir anerkennen, daß wir im wesentlichen selber für ihn verantwortlich sind.

Dr. Gisela Meister-Scheufelen ist Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg in Stuttgart.